

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 176 (2010)
Heft: 07

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Kritik an Ausrüstung und Ausbildung der Bundeswehr

Der Tod mehrerer deutscher Soldaten im April dieses Jahres hat in Deutschland zu einer hitzigen Debatte über die Ausrüstung der Bundeswehr in Afghanistan ausgelöst. Der designierte Wehrbeauftragte des Bundestags, Hellmut Königshaus, fordert in diesem Zusammenhang einen generell besseren Schutz der Truppen, wobei für gefährliche Missionen auch ein Einsatz von Kampfpanzern «Leopard 2» gefordert wird. Gemäss Aussagen des Wehrbeauftragten sollen der Bundeswehr heute nicht ausreichend

Mittel zur Verfügung stehen, die für einen bestmöglichen Schutz der eingesetzten Truppen notwendig seien. So fehl-



Schwierige Einsatzbedingungen für Bundeswehr in Afghanistan.

Bild: ISAF

ten neben gut geschützten Fahrzeugen auch moderne taktische Aufklärungssysteme sowie rasch verfügbare Feuerunterstüt-

zungsmittel. Auf deutscher Seite seien zudem in Afghanistan weder eigene Kampfhelikopter noch gelenkte Munitionstypen für Minenwerfer verfügbar.

Kritisiert werden aber auch Mängel bei der Ausbildung, wobei beispielsweise den Truppen bei der Vorbereitung in Deutschland nicht genügend Einsatzfahrzeuge der Typen «Dingo», «Fennek» oder «Eagle IV» zur Verfügung stehen. Dadurch können wichtige Gefechtsituationen nicht oder nur unzureichend trainiert werden. Die Soldaten sollten aber drillmässig mit den in Afghanistan vorhandenen Einsatzfahrzeugen das Verhalten im Gefecht üben können; dies insbesondere bei

Beschuss durch gegnerische Panzerfäuste oder bei der Explosion von Sprengfallen.

Das Verteidigungsministerium hat bereits erste Massnahmen zur Behebung gewisser Mängel beschlossen: für den Sofortbedarf der Truppe werden kurzfristig weitere 85 geschützte Fahrzeuge «Dingo» von Krauss-Maffei Wegmann sowie 60 «Eagle IV» von Mowag beschafft. Die Auslieferung an die Bundeswehr soll noch in diesem Jahr stattfinden. Zudem wurde eine Strukturkommission eingesetzt, die Vorschläge für eine effizientere Nutzung der personellen und finanziellen Ressourcen erarbeiten soll.

Deutschland

Diskussion über Konfliktformen der Zukunft (Hybrid Warfare)

Nicht nur in den USA werden vor dem Hintergrund der zukünftigen Ausrichtung der Streitkräfte verschiedene Theorien und Modelle für das Wesen kommender Kriege diskutiert. Auch in Deutschland ist diese Debatte im Gange, wobei gegenwärtig mit Blick auf den Zeithorizont 2025 künftig mögliche Konfliktszenarien untersucht und definiert werden. Beim derzeitigen Stand der Diskussionen ist festzuhalten, dass die häufig vorgenommene Unterscheidung zwischen rein konventionellen und nicht-konventionellen, resp. asymmetrischen Konflikten nicht mehr der Realität entspricht. Vielmehr dürften künftig die unterschiedlichsten Mischformen zwischen diesen beiden Konfliktarten mit u. a. auch sub-staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren möglich sein. Dies führt dazu, dass nicht mehr das Bild eines klassischen Angriffs gezeichnet werden kann, vielmehr muss

mit multidimensionalen Bedrohungen mit z.T. neuen Gruppierungen und Koalitionen gerechnet werden. Dabei wären auch staatliche Akteure vorstellbar, die nebst den Truppen ihrer Armee auch irreguläre Kräfte, Milizen und lose alliierte terroristische und kriminelle Mittel gegen andere Staaten oder Bündnisse und deren Gesellschaft und Wirtschaft einsetzen. Disruptive Angriffe wie physische und virtuelle Attacken gegen Energie- und Kommunikationsinfrastruktur wären dabei Bestandteil der Auseinandersetzung. Vor allem

die Nutzung von Terroranschlägen, Computernetzwerkoperationen (Cyber Warfare), Beschuss mit ballistischen Raketen und allenfalls auch der Einsatz von Mikrowellen- oder Massenvernichtungswaffen könnten schwerwiegende physische, psychologische und auch wirtschaftliche Schäden verursachen. Daraus ergibt sich das Bild eines Krieges, der mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln geführt werden könnte. Eine solche Konflikt austragung ist militärtheoretisch nicht neu, sie ist jedoch bei den westlichen Armeen wegen

der eindimensionalen Sichtweise aus dem Kalten Krieg leider aus dem Fokus geraten. Gegenwärtig entwickelt das Zentrum für Transformation der Bundeswehr im Rahmen eines interdisziplinären Ansatzes mögliche Zukunftsszenarien, mit denen sich die Bundeswehr resp. Europa und die NATO auseinanderzusetzen haben. Bereits heute zeichnet sich ab, dass mit Blick auf diese multidimensionalen Bedrohungen die Streitkräfte mit neuen Anforderungen konfrontiert werden, die diverse neue Fähigkeiten und Mittel notwendig machen. Dabei zeigt sich, dass bei den aktuellen multinationalen Militäreinsätzen in Krisenregionen (beispielsweise in Afghanistan) mindestens ansatzweise bereits heute solche Forderungen an die eingesetzten Truppen gestellt werden. Beispiele sind der Kampf gegen irreguläre und terroristische Gruppen, Schutz und Unterstützung der Zivilbevölkerung oder auch der umfassende und hohe Schutzgrad, der bei den Truppen im Einsatz verlangt wird.



Schutz der Bevölkerung – eine wichtige Aufgabe der Streitkräfte.

Bild: ISAF

Österreich

Auslandeinsätze des Bundesheeres

Im Dezember 2009 übernahm Österreich für ein Jahr das Kommando über die EUFOR-Kräfte in Bosnien und Herzegowina. Mit Generalmajor Bernhard Bair führt somit erstmals ein österreichischer Offizier eine Friedensmission der Europäischen Union. Bei der laufenden Mission «EUFOR Althea» stehen derzeit noch rund 2000 Soldaten und Polizisten aus 25 Nationen im

Einsatz; das diesbezügliche Kontingent des österreichischen Bundesheeres umfasst noch rund 150 Soldaten.

Bei der KFOR im Kosovo stellt Österreich weiterhin ein vermindertes Infanteriebataillon, das innerhalb der Multinationalen Task Force South (MNTF-S) eingesetzt ist. Der Gesamtbestand des österreichischen Kontingents im Kosovo beträgt derzeit etwa 430 Soldaten. Trotz des im Jahre 2006 beschlossenen Rückzugs aus der ISAF in Afghanistan



Schützenpanzer «Pandur» bei der KFOR im Kosovo.

Bild: Bundesheer

befinden sich weiterhin zwei bis drei Stabsoffiziere im HQ in Kabul. Mit dieser Präsenz sollen wichtige Kontakte auf-

rechterhalten und der nachrichtendienstliche Informationsfluss aus der Krisenregion Afghanistan gewährleistet werden. Mehr als 400 österreichische Soldaten stehen zudem bei UNO-Missionen im Einsatz; das Gros davon (etwa 380) bei der Beobachtungstruppe UNDOF auf den Golanhöhen. Diese Beteiligung ist seit Mai 1974 im Gange. Der Gesamtbestand österreichischer Truppen im Ausland beträgt gegenwärtig rund 1000 Soldaten und Soldatinnen.

Norwegen

Modernisierung der norwegischen Streitkräfte

In den letzten Jahren wurden die norwegischen Streitkräfte umfassend umstrukturiert und auf die aktuellen Bedrohungen und Bedürfnisse ausgerichtet. Die Kommandostruktur besteht im Wesentlichen aus dem teilstreitkräftübergreifenden nationalen Hauptquartier in Stavanger und den beiden Regionalkommandos Nord und Süd. Das Heer verfügt noch über ein mobiles Divisionskommando sowie zwei mechanisierte Brigaden; insgesamt etwa 6700 Mann, darunter befinden sich

rund 3500 Wehrdienstpflichtige. Für die separate Heimatverteidigung stehen rund 47 000 Reservisten zur Verfügung.



Schützenpanzer CV-9030 im Auslandeinsatz. Bild: ISAF

Die Luftwaffe umfasst noch drei Staffeln mit je 16 Kampfflugzeugen F-16 sowie 9 Reservemaschinen. Geplant ist

deren Ablösung durch amerikanische Jagdflugzeuge F-35A «Joint Strike Fighter»; insgesamt sollen in einigen Jahren etwa 48 neue Maschinen beschafft werden. Die vorhandenen sechs Transportmaschinen C-130H «Hercules» werden zudem in den nächsten Monaten durch vier neue C-130J ersetzt.

Mit der Streitkräftereform sind auch die Fähigkeiten zur Teilnahme an multinationalen Militäreinsätzen verbessert worden. Für Auslandeinsätze vorgesehen sind primär die Truppen der mechanisierten Brigaden, die über entsprechend gut ausgerüstete Bataillone verfügen. Ergänzt wer-

den die Auslandsdetachements durch Luftwaffenkontingente, Spezialtruppen und modern ausgerüstete Führungs-, Aufklärungs- und Nachrichtendienstelemente (inkl. Aufklärungsdrohnen). Gegenwärtig sind von den Heerestruppen rund 600 Soldaten bei den beiden NATO-Operationen ISAF (Afghanistan) und KFOR (Kosovo) engagiert. Dazu kommt ein Luftwaffendetachment mit vier Kampfflugzeugen F-16 und einigen Helikoptern Bell 412 in Afghanistan. Aus Spargründen wird in den Einsatzgebieten eng mit anderen nordischen Streitkräften zusammengearbeitet.

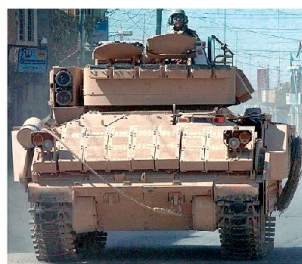
USA

Truppenabbau im Irak läuft planmässig

Der Abzug der US-Truppen aus der Krisenregion Irak soll gemäss Informationen aus dem Pentagon ohne grössere Probleme vor sich gehen und bisher planmässig verlaufen. Im Herbst 2008 hatten die USA und der Irak eine Vereinbarung über die Truppenstationierung bis 2012 abgeschlossen. Darin wird an einer

US-Truppenpräsenz bis Ende 2011 festgehalten, wobei die Bestände schrittweise abgebaut werden sollen. Im Mai 2010 befanden sich noch rund 90 000 amerikanische Soldaten im Irak und bis Ende August dieses Jahres soll dieser Bestand auf noch etwa 50 000 reduziert werden. Voraussetzung für den weiteren planmässigen Abbau der Streitkräfte ist allerdings eine fortschreitende Beruhigung der

Sicherheitslage verbunden mit einer verbesserten Einsatzbe-



Abzug der US-Truppen (Spz Bradley) aus dem Irak. Bild: US Army

reitschaft der irakischen Sicherheitskräfte. Allerdings steht bereits heute fest, dass in einzelnen Bereichen auch über das Jahr 2011 hinaus noch US-Truppen und Mittel im Irak verbleiben werden. Dies betrifft vor allem Truppen für die Luftraumverteidigung und Mittel für die weiträumige Grenzüberwachung sowie Spezialisten für die Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte.

USA

Air Force reaktiviert pensionierte Offiziere

Die anhaltend hohe Belastung durch laufende Militäroperationen in Afghanistan und im Irak und insbesondere die beschleunigte Zuführung neuer unbemannter Luftfahrzeuge führt zu einem zunehmenden Bedarf an Piloten bei der US Air Force. Die Ausbildung neuer Fliegeroffiziere kann bislang nicht mit dem

Tempo der Indienststellung neuer Drohnensysteme (UAV-Systeme) mithalten. Denn für die Führung und Einsatzplanung von ferngelenkten UAV's wird eine grosse Zahl von Piloten und Spezialisten benötigt. Die Air Force rief daher pensionierte Piloten auf, sich für die freiwillige Reaktivierung zu melden. In den letzten Monaten sollen sich gemäss Pentagon mehr als 1000 Offiziere a.D. gemeldet



Führung und Einsatzplanung von UAV's benötigt viel Personal.

Bild: USAF

haben. Die Angehörigen der US-Streitkräfte können in der Regel bereits nach 20 Dienst-

jahren in Pension gehen, so dass sich Offiziere im Alter von 40 bis 55 gemeldet haben. Die Motivationsangaben sind unterschiedlich: einige haben aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise ihren zivilen Arbeitsplatz (beispielsweise Linienspilot) verloren, andere melden sich aus Patriotismus. Vorherhand ist geplant die reaktivierten Piloten für zwei bis maximal vier Jahre im Dienst zu behalten.

USA

Präzisionsfeuer für die Artillerie

Die Bedeutung von präzisionsgelenkter Munition der Artillerie für die unmittelbare Feuerunterstützung der US Truppen in Krisenregionen hat in letzter Zeit zugenommen. Bei den laufenden Operationen in Afghanistan sind die US-Bodentruppen bestrebt, dass sie beim Kampf gegen feindliche Kräfte die Risiken für die eigenen Truppen möglichst gering halten sowie Opfer unter der Zivilbevölkerung und unerwünschte Kollateralschäden vermeiden können. Um dies zu gewährleisten, ist nebst allgemeinen Schutzmassnahmen auch eine rasche und zielgenaue Feuerunterstützung notwendig. Wie vergangene Beispiele gezeigt haben, ist in vielen Fällen der zeitgerechte Einsatz von Luftnahunterstützungsmitteln entweder nicht möglich oder mit zu grossen Risiken verbunden.

Von Seiten der US Army wird bereits seit einiger Zeit die vermehrte Nutzung von präzisionsgelenkter Munition durch die Artillerie gefordert. Als Wirkmittel stehen heute die gelenkten 155 mm Geschosse «Excalibur» sowie die gelenkten Raketen für Mehrfachraketenwerfer zur Verfügung. Zudem sollen künftig

auch GPS-gelenkte Minenwerfergranaten 120 mm zum Einsatz gelangen. Leichte Mehrfachraketenwerfer vom Typ «HIMARS» mit sechs Abschussrohren werden seit einiger Zeit in Afghanistan eingesetzt. Sie ermöglichen die frühzeitige Bekämpfung feindlicher Ziele bis maximal 70 km, wobei leistungsfähige Aufklärungs- und Feuerleitmittel notwendig sind. Bei Operationen im urbanen Umfeld werden die Systeme «HIMARS» gegen unterschiedliche Ziele eingesetzt, wobei damit auch vermehrt erkannte Sprengfallen über grössere Distanzen bekämpft werden sollen. Aber



Mehrfachraketenwerfer «HIMARS» in Afghanistan. Bild: US Army

auch mit Präzisionsfeuer der Artillerie sind Opfer unter der Zivilbevölkerung nicht auszuschliessen. Durch Raketenbeschuss eines «HIMARS»-Wurfers sind im Februar 2010 in Afghanistan nebst Mitgliedern der Taliban auch einige Zivilisten ums Leben gekommen.

Planungsgrundlage für US-Luftstreitkräfte

Im Frühjahr 2010 legte das Pentagon für die Luftstreitkräfte der Air Force und der Navy eine Planungsgrundlage für die nächsten 30 Jahre vor. Im Dokument ist festgehalten, dass die amerikanische Luftwaffe während der nächsten zehn Jahre weder Grossraumtransportflugzeuge noch neue strategische Bomber beschaffen kann. Die Anzahl der Langstreckenflugzeuge soll durch Überholung und Modernisierung der Transportmaschinen C-5 «Galaxy» bei rund 310 Flugzeugen stabil gehalten werden. Taktische Transportflugzeuge C-130J sollen weiterhin beschafft und ältere Maschinen ausgemustert werden, so dass die Flottenstärke bei ca. 540 Flugzeugen bleibt. Die Anzahl der Tankerflugzeuge soll vom gegenwärtigen Stand von 550 Maschinen nur geringfügig zurückgehen; die geplante Beschaffung neuer Tankerflugzeuge soll durch Ausmusterung älterer Maschinen begleitet werden.

Die Flotte der Kampfflugzeuge bei Air Force, Navy und Marine Corps soll von heute gesamthaft rund 3300 Maschinen auf noch max. 2900 Flugzeuge im Jahre

2020 zurückgehen. Diese Bestandesreduktion soll durch die laufende Zuführung von Jagdflugzeugen der fünften Generation (u. a. F-35) aufgefangen werden. Bis 2020 sollen etwa 1000 Maschinen



Zahl der bewaffneten UAV's wird weiter zunehmen. Bild: USAF

der fünften Generation vorhanden sein. Die Anzahl der bemannten Aufklärungs- und Überwachungsflugzeuge wird von heute 580 auf noch rund 500 zurückgehen. Dafür soll die Verwendung unbemannter Flugzeuge (UAV's) wesentlich ausgebaut werden. Dabei soll die Flotte so genannter Mehrzweck-UAV's, die sowohl Aufklärungs- wie Kampfeinsätze fliegen können, in den nächsten zehn Jahren von heute rund 70 auf mindestens 475 Maschinen erhöht werden. Gleichzeitig soll auch eine trägergestützte bewaffnete UAV-Version entwickelt werden.

Russland

Erkenntnisse aus dem Krieg gegen Georgien

Russland hat mit dem Krieg gegen Georgien im August 2008 bewiesen, dass es den Einsatz seiner Streitkräfte zur Durchsetzung politischer Interessen nicht scheut. In den letzten Monaten wurde dieser erfolgreich durchgeführte lokale Krieg im russischen Verteidigungsministerium einer für Russland ungewöhnlich kritischen Analyse unterzogen. Dabei wurden Lehren und Erkenntnisse sowie erkannte Schwächen offen dargelegt und bereits auch erste Massnahmen zu deren Behebung angekündigt. Im Unterschied zu den vergangenen Kriegen in Tschetschenien, wo noch viele Wehrdienstleistende zum Einsatz kamen, hat Russland gemäss eigenen Angaben im Georgienkrieg vor allem Berufssoldaten eingesetzt. Dies hätte sich positiv auf Disziplin und Moral der eingesetzten Truppen ausgewirkt. Die wenigen beteiligten Wehrdienstleistenden wurden angeblich nur für rückwärtige Aufgaben (Logistik, Sanität) verwendet. Gemäss Informationen russischer Militärs soll dieser Fünf-Tage-Krieg vor allem bei Ausrüstung und Bewaffnung Mängel aufgezeigt haben. Das Hauptproblem waren dabei die ver-

teten Waffen und Geräte, die bei den russischen Truppen im Kaukasus immer noch vorhanden sind. So kamen bei den eingesetzten Truppen der 58. Armee nur ungenügend gepanzerte Fahrzeuge (hauptsächlich BTR-70/BTR-80 und BMP-1/BMP-2) sowie veraltete Kampfpanzer (T-72M und teilweise noch T-55M) zum Einsatz. Zudem sollen die veralteten optronischen und übermittlungstechnischen Geräte die Einsatzfähigkeit nachteilig beeinflusst haben. Bei der Artillerie zeigten sich Mängel bei der Feuerführung und Feuerleitung, die beispielsweise ein rechtzeitiges Konterbatteriefeuer verunmöglicht hätten. Dazu kam das Fehlen moderner Munitionstypen, insbesondere von Präzisionsmunition für Geschütze 152 mm. Die



Geschütze 120 mm 2S9 auf der Verschiebung.

Verwendung veralteter Artilleriegranaten und Bomben führte u. a. auch zu einer grossen Zahl von Blindgängern. Ein weiterer Schwachpunkt war bei den unzureichenden Aufklärungsmitteln zu erkennen und dies sowohl auf der operativen wie auf der taktischen Ebene: Die militärische Führung kritisierte dabei die geringe Auflösung der Satellitenaufklärung sowie die mangelnden Fähigkeiten der taktischen Aufklärungsmittel. Dazu soll

auch der praktische Totalausfall des russischen Satellitennavigationssystems «Glonass» beigetragen haben. Gemäss General Schamanow (Kommandant der Militäroperation) führten die veralteten Kommunikationssysteme und die teilweise gestörten Funkverbindungen dazu, dass die Kommandanten im Feld meist nur über Mobiltelefon kommunizieren konnten. Zudem seien die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Heer und Luftwaffe unzureichend gewesen.

Zusammenfassend zeigen diese Erkenntnisse auf, dass die russischen Streitkräfte heute nicht in der Lage sind, grössere konventionell geführte Angriffsoperationen zu führen. Der in Westeuropa und auch in der Schweiz im Anschluss an diesen Krieg entstandene Eindruck, die russischen Streitkräfte seien auf dem Weg zur alten Grösse und verfügten bereits wieder über weitreichende Angriffsfähigkeiten, muss entschieden verneint werden. Hingegen muss auch künftig damit gerechnet werden, dass Russland zur Durchsetzung seiner Interessen im Grenzgebiet oder im GUS-Raum militärische Mittel einsetzt; dies bestätigt u. a. auch die neue russische Militärdoktrin (siehe ASMZ Nr. 05/2010, Seite 41).



Vorstoss russischer Mot Schützen mit BMP-2. Bilder: RR mil photos

International

Konvention gegen Streumunition tritt in Kraft

Die Konvention gegen Streumunition verbietet Einsatz, Entwicklung, Lagerung, Weitergabe und Herstellung von Cluster-Bomben und Sub-Munitionstypen (siehe auch ASMZ Nr. 03/2010, Seite 39). Bis März 2010 haben 30 Staaten diese Konvention (CCM: Convention on Cluster Munition)

ratifiziert. Damit hat nun die minimal nötige Anzahl Staaten offiziell zugestimmt, damit die Konvention in Kraft gesetzt werden kann. Offiziell tritt sie am 1. August 2010 in Kraft. Unter den 30 ratifizierenden Staaten sind auch 18 Länder aus Europa: u. a. haben Albanien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Kroatien, Mazedonien, Norwegen, Österreich, Slowenien und Spanien bisher unter-

zeichnet. Die Armeen dieser Länder müssen nun innerhalb von 8 Jahren ihre Submunitionsbestände vernichten. Daneben haben bisher gegen 100 weitere Staaten die Konvention zumindest unterzeichnet, darunter befindet sich auch die Schweiz. Allerdings zeigen die wichtigsten Herstellerländer weiterhin kein Interesse an einer Unterzeichnung: dies betrifft u. a. China, Indien, Russland, Israel und auch die USA.

Unterdessen bemühen sich namhafte Munitionshersteller um Aufträge zur Vernichtung der von der Abrüstung betroffenen Munitionsbestände. Da in den Munitionsdepots diverser Unterzeichnerstaaten noch umfangreiche Bestände von Kanistermunition und Clusterbomben lagern, zeichnet sich hier ein lukratives Geschäft ab.

*Hans-Peter Gubler,
Redaktor ASMZ*